

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 67 (1980)
Heft: 9

Rubrik: Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Die Landesverteidigung im Schulunterricht

Der im Auftrag des Militärdepartementes ausgearbeitete und nach Kenntnisnahme durch den Bundesrat den kantonalen Erziehungsdirektionen zugestellte Bericht «Jugend und Landesverteidigung» bildete Gegenstand einer Interpellation des PSA-Nationalrates W. Carobbio (Tessin). Der Bericht enthält Empfehlungen, wie man in den Schulen vermehrt über die Landesverteidigung informieren und Verständnis fürs Militär wecken könnte.

Der Bundesrat antwortet, er habe 1979 vom Bericht Kenntnis genommen. Er habe die guten Absichten und die gewissenhafte Arbeit der Autoren gewürdigt. Die Arbeit liefere gute Gedanken und nützliche Vorschläge. «Dennoch konnte sich der Bundesrat nicht voll und ganz damit identifizieren, weil ihm schien, dass die Autoren – sicher in bestem Willen – eine gedankliche und methodische Strenge nahelegten, die auf die schweizerische Verschiedenartigkeit wenig Rücksicht nahm», heisst es in der Antwort.

Der Bundesrat habe nicht die Absicht, den Kantonen Direktiven zu geben in einer Sache, die in ihrer Verantwortung liege. Er habe aber eingewilligt, dass das EMD in eigener Verantwortung diese Studie an die Erziehungsdepartemente der Kantone zur Orientierung weiterleite. Die Landesregierung unterstreicht, Rekrutenschulen und Wiederholungskurse zeigten uns, dass die Jugend gesund sei und – mit wenigen Ausnahmen – ihre Pflicht mit Überzeugung und gutem Willen erfülle. Was den Schulunterricht betrifft, so findet der Bundesrat, auch über die Landesverteidigung solle informiert werden. Der staatsbürgerliche Unterricht müsse indessen jegliche systematische Beeinflussung, jeglichen Zwang zur Anpassung, aber auch jede antikonformistische Propaganda vermeiden.

ZH: Fremdsprachenausbildung für Sekundar- und Reallehrer

Der Regierungsrat hat der Durchführung eines zweiten berufsbegleitenden Kurses zur Ausbildung von amtierenden Sekundar- und Reallehrern für den Englisch- und Italienischunterricht zugestimmt. Damit kann rund 100 Oberstufenlehrern die Möglichkeit geboten werden, das Fähigkeitszeugnis zur Erteilung von fakultativen Fremdsprachkursen ohne Unterbrechung ihrer beruflichen Tätigkeit zu erwerben.

Das Interesse am Besuch des freiwilligen Eng-

lisch- und Italienischunterrichts hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Um den zusätzlichen Bedarf an Fachlehrern decken zu können, wurde 1978 ein erster zweijähriger Ausbildungskurs organisiert. Der Kurs wurde von 91 Teilnehmern absolviert, die im Frühjahr 1980 die entsprechende Fachlehrerprüfung ablegten.

UR: Gegen Initiative für kleinere Schulklassen

Die Urner Regierung beantragt dem Landrat, die Volksinitiative für kleinere Schulklassen den Stimmberechtigten zur Ablehnung zu empfehlen. Die nach wie vor rückläufigen Schülerzahlen, heisst es im Bericht des Regierungsrates, senkten auch in den nächsten Jahren die Klassenbestände ohne zusätzliche Vorschriften, wenn auch nicht in der von der Initiative geforderten sofortigen und drastischen Weise. Die Initiative verlange von den Gemeinden und vom Kanton finanzielle Aufwendungen vor allem für bauliche Investitionen, die in wenigen Jahren überholt und überflüssig sein dürften.

Die Initiative fordert, die zulässigen Höchstzahlen bei den Primarschulen von bisher 36 auf 26 bei einklassigen bzw. von 26 auf 20 bei mehrklassigen Abteilungen und bei den Sekundarschulen von bisher 30 auf 22 bzw. 24 auf 20 herabzusetzen.

FR/VD: Die Hochschulbeiträge der Nichthochschulkantone

Über das am 26. November 1979 geschlossene interkantonale Abkommen über die Finanzierungsbeitragung an den Universitäten haben in den kommenden Mai-Sessionen die Kantonsparlamente von Freiburg und der Waadt zu bestimmen. Beide Kantonsregierungen empfehlen Annahme.

Der freiburgische Staatsrat betont in seiner Botschaft die Vorteile, die dem Kanton aus der Zustimmung zum Abkommen erwachsen. Freiburg wäre in der Tat der grössere Gewinner als etwa die andern welschen Kantone Neuenburg oder Waadt. Im Universitätsjahr 1978/79 waren an der Uni Freiburg 982 Studenten aus dem eigenen Kanton und 2054 aus der übrigen Schweiz immatrikuliert, während «nur» 480 freiburgische Studenten an andern Universitäten studierten. Wird das Abkommen angenommen, erhält der Kanton Freiburg 1981 fast 6,2 Mio. Franken von den übrigen Kantonen und bezahlt an diese selbst 1,45 Mio.; bis 1986 würde ein Einnahmenüberschuss von fast 8 Mio. Franken resultieren.

Das Abkommen sieht vor, dass in Zukunft die unterzeichnenden Kantone – ob sie nun Hochschulen besitzen oder nicht – für Studenten, die an einer ausserkantonalen Universität immatrikuliert sind, vorerst 3000, dann 4000 und später 5000 Franken jährlich bezahlen.

Der Kanton Waadt wird für die Jahre 1981 bis 1986 im ganzen 15 Mio. Franken an andere Hochschulkantone zu bezahlen haben, wird aber seinerseits 26 Mio. von anderen Kantonen erhalten.

SO: Der Solothurner Lehrerbund zur Initiative «Gleiche Ausbildung für Mädchen und Knaben»

Der Solothurner Lehrerbund steht dem pädagogischen Anliegen, das Bildungsangebot für Knaben und Mädchen einander anzugleichen, grundsätzlich positiv gegenüber. Mit den vom Regierungsrat erlassenen Rahmenrichtlinien zur Revision der Volksschullehrpläne vom 5. Juni 1979 ist auch die Möglichkeit geschaffen worden, dieser Forderung in wesentlichen Punkten zu entsprechen.

«Knaben und Mädchen sollen in allen Fächern gleich viele Lektionen zugeteilt bekommen, auch im handwerklichen Fächerbereich.» Gewisse fächerspezifische Unterschiede bleiben allerdings nach den Rahmenrichtlinien bestehen, weil im hauswirtschaftlichen Unterricht für Knaben kein Obligatorium vorgesehen ist. Hingegen wird über die obligatorischen Fächer hinaus ein Freifächerangebot angestrebt, u. a.:

– im 7. Schuljahr:

«Kochen und Ernährungslehre» für Knaben

– im 8. Schuljahr:

«Kochkurs für Knaben und Mädchen».

Der Lehrerbund wird im Zusammenhang mit der Lehrplanrevision die Anregung für das dargelegte Problem aufnehmen. Er wird sämtliche in diesem Zusammenhang auftauchenden Fragen prüfen und für eine Lösung eintreten, die durchführbar ist und eine vermehrte Chancengleichheit für Knaben und Mädchen bringt. Dieser Weg scheint uns dem Anliegen dienlicher zu sein als die gesetzliche Verankerung eines Grundsatzes.

SG: Junglehrer in der Ostschweiz

Für die neu patentierten Lehrer im Kanton Sankt Gallen ist es weiterhin schwierig, sofort eine Anstellung im frisch erlernten Beruf zu finden. Von den insgesamt 133 am Lehrerseminar Rorschach in diesem Frühjahr diplomierten Lehrern konnten erst 62 eine Tätigkeit in ihrem Beruf finden, eine feste Lehrstelle gar nur 44. 38 Junglehrer suchen noch eine Stelle und müssen sich vorerst in anderen Berufen umsehen. Laut Auskunft des St. Galler Erziehungsdepartements mussten während des letzten Jahres im Kanton St. Gallen durchschnittlich zwei Lehrer Arbeitslosengelder beziehen.

Am thurgauischen Lehrerseminar in Kreuzlingen haben 82 Kandidaten die diesjährige Patentprüfung erfolgreich bestanden. Schon vor einigen Wochen konnten 44 Prozent der Absolventen eine feste Stelle vorweisen, weitere 33 Prozent eine Plazierung als Stellvertreter. Weiter haben über 50 Prozent der Seminaristen eine feste Anstellung.

AG: VPOD-Lehrer fordern «minimale Reformen»

Bereits nach der ersten Lesung kündigt sich eine Oppositionsgruppe gegen das neue Schulgesetz an: Die im «Verband des Personals öffentlicher Dienste» (VPOD) zusammengeschlossenen Lehrer werfen dem Gesetz vor, es weise die «grundlegenden Übel des alten Schulgesetzes» auf. Die VPOD-Lehrer fordern für die zweite Lesung des Gesetzes verschiedene «minimale Reformen».

Gefordert wird die «völlige Gleichstellung von Knaben und Mädchen»; das neue Gesetz erklärt nach wie vor bestimmte Fächer nur für Mädchen obligatorisch. Nach Ansicht der VPOD-Lehrer sollten jedoch beide Geschlechter die gleichen Pflicht- und Wahlfächer besuchen können. Auch mit den im neuen Gesetz verankerten Schülerzahlen von 28 für die Primarschule und 25 für die Realschule ist man nicht einverstanden: Gefordert wird für alle Stufen eine Höchstschülerzahl von 25 pro Klasse. Weiter möchten die Lehrer allen Kindern einen zweijährigen Besuch des Kindergartens ermöglichen, Möglichkeiten zu einer Reform der dreigliedrigen Oberstufe verankert wissen und Voraussetzungen für die Einrichtung von Tagesschulen schaffen.

AG: Matura-Typ D vor der Anerkennung

Der anlässlich der Mittelschulreform von 1976 an den ehemaligen Lehrerseminarien im Aargau geschaffene Matura-Typ D steht vor der eidgenössischen Anerkennung: An seiner letzten Sitzung hat die Eidgenössische Maturitätskommission zuhanden des Bundesrates einen Antrag verabschiedet, diesen Matura-Typ eidgenössisch zu anerkennen. Damit wird den Absolventen der D-Matura (neusprachliche Richtung) der Zugang zu sämtlichen Studiengängen an schweizerischen Hochschulen gesichert; bislang besteht nur eine Vereinbarung zwischen der Aargauer Regierung und der Universität Zürich.

Das neusprachliche Gymnasium, das an den Kantonsschulen Aarau-Zelgli, Wettingen, Wohlen und Zofingen geführt wird, ersetzt seit vier Jahren die Lehrerseminare. Anwärter für das Lehramt haben seither nach der Matura zusätzlich den zweijährigen Lehrgang am Pädagogisch-Sozialen Gymnasium (PSG) in Zofingen zu absolvieren, wofür die D-Matura als ideale Voraussetzung gilt.